

Rede des PDS-Landesvorsitzenden Peter Ritter zum Landesparteitag, 22. März, Sternberg

Engagiert vor Ort - für ein friedliches Europa in einer friedlichen Welt

Bomben auf Bagdad. Unschuldige Frauen, Kinder, Männer sterben.

Tote, Verletzte.

Entsetzen, Wut und Trauer.

Bush, Blair und ihre Verbündeten haben Krieg einmal mehr zum Mittel der Politik gemacht.

Gerade kommen wir gemeinsam von der Demonstration.

Wir haben unsere politische Haltung klar gemacht:

Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig!

Das sagen wir wieder und wieder.

Und wir demonstrieren wieder und wieder gegen Krieg und für Frieden.

So wie Millionen auf dieser Welt.

Wir geben nicht auf.

Aber:

Die Wahlen im kommenden Jahr sind für die PDS Mecklenburg-Vorpommern die erste Gelegenheit nachzuweisen, **wie** es gelungen ist, Vertrauen und Akzeptanz bei den Wählerinnen und Wählern zurück zu gewinnen.

Ziel unseres langfristigen Wahlkampfes ist es, die PDS als gestaltende Kraft **und** zahlenmäßig zu stärken, damit wir in den Kreisen und Kommunen unsere Position festigen und ausbauen können.

Mit dem Wiedereinzug in das Europäische Parlament werden wir zugleich deutlich machen, dass der Wiedereinzug in den Bundestag 2006 keine Illusion ist.

Um das zu erreichen, brauchen wir programmatische **Klarheit**.

Und zwar nicht erst irgendwann.

Wir brauchen strategische **Ausrichtung**.

Wir müssen organisatorisch wieder **handlungsfähig** werden.

Dabei ist die Diskussion um das neue Parteiprogramm nur ein Schritt. Wir brauchen eine kluge Diskussion. Und wir brauchen konkret machbare politische Ansätze.

Und was wir noch brauchen: Jeden Kopf, jedes Mitglieder und jeden Sympathisanten unserer Partei.

Kein Krieg - nirgendwo

Anrede,

Seit dem Parteitag in Göhren-Lebbin hat uns vor allem eine Frage beschäftigt:

Was **können**, was **müssen**, was **wollen** wir tun, um einen Krieg gegen den Irak zu verhindern.

Engagiert wirken Mitglieder und Sympathisanten der PDS im ganzen Land in Friedensbündnissen.

Demonstrationen in Schwerin und Pasewalk, Waren-Müritz und Greifswald, Rostock und Güstrow, Grevesmühlen und Bad Doberan sind doch Ermutigung! In Rostock haben am Donnerstag 5000 Schülerinnen und Schüler demonstriert, in Berlin waren es sogar 70 000.

Wir waren und wir sind Teil einer immer größer werdenden Friedensbewegung.

Nein, wir haben keinen Alleinvertretungsanspruch in der Friedensfrage. Wir haben ihn auch nicht erhoben.

Aber: Überall im Land haben wir deutlich gemacht: Krieg **löst** die Probleme **nicht**. Krieg **ist** das Problem. Krieg beseitigt keine Diktaturen. Krieg ist **kein** Mittel der Politik, er ist ihr **Versagen**. Krieg ist **nicht** Zukunft, er **zerstört** sie.

Ein Krieg gegen den Irak ist eine Fackel, die in das Pulverfass Naher und Mittlerer Osten geschleudert wird. Die Explosion hat auch Europa getroffen. Bush bricht das Völkerrecht. Millionenfacher Protest überall auf der Welt wird einfach ignoriert.

Die Stärke des Rechts wird durch das vermeintliche Recht des Stärkeren ersetzt.

Die Bundesregierung sagte zu diesem Krieg: **Nein**.

Dafür gebührt ihr unsere Anerkennung. Anerkennung und Unterstützung - damit sie beim Nein bleibt. Das hat Gabi Zimmer ja auch in ihrem Brief an den Bundeskanzler am 18. März zum Ausdruck gebracht.

An dieser Stelle kann ich auf ein Wort an die Union nicht verzichten. In einer nicht mehr zu übertreffenden Demut liegt Frau Merkel Herrn Bush zu Füßen. Günter Grass nennt sie „Petzliese“, die zum großen Chef läuft, sich beschwert und die Frechheit hat, „die mühevollen Anstrengungen für Frieden, die wir gemeinsam mit Frankreich und anderen unternommen haben, zu denunzieren.“

Wir haben unsere Position deutlich gemacht.

Im Landtag, der in der vergangenen Woche auf Initiative unserer Fraktion einen klaren Appell gegen den Krieg verabschiedete.

Und:

Wolfgang Methling, als Stellvertretender Ministerpräsident dieses Landes in seiner Rede auf der großartigen Rostocker Friedenskundgebung im Januar.

Und:

Marianne Linke, die als Sozialministerin ein Friedensforum in Schwerin organisierte.

Und:

Helmut Holter, Marianne Linke und Wolfgang Methling als PDS-Minister mit vielen anderen auf der Demo der 500.000 am 15. Februar in Berlin.

Zur gleichen Zeit, in der wir **alle** Mittel nutzten, um gegen den Krieg zu protestieren, bewegte uns auch immer wieder eine Frage:

Sollen unsere Minister im Falle eines Krieges zurücktreten oder nicht?

Zur Umsetzung des entsprechenden Beschlusses hatte der Landesvorstand ein Prozedere vorgeschlagen. Es ist euch bekannt.

Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, was deutsche Beteiligung ist. Wir haben mit dem Außenpolitikexperten des Parteivorstandes, Wolfgang Gehrke, debattiert.

Wir haben Briefe geschrieben, in unzähligen Runden an der Basis nachgedacht.

Im Ergebnis einer solchen Diskussion entstand auch folgender Brief an mich:

„Wir haben in unserer letzten Vorstandssitzung nochmals den Göhren-Lebbiner Beschluss diskutiert, dass unsere drei Minister sofort ihr Amt niederlegen, wenn die Bundesregierung ihre Zusage nicht einhält, sich nicht an einem Krieg zu beteiligen. Wir sind der Auffassung, das ist nicht der richtige Weg. Wir sollten in der Regierungsbeteiligung bleiben und unsere drei Minister sollten ihre Arbeit fortsetzen.

Nur so wird es uns gelingen, Einfluss auf die weitere Politik zu nehmen.“ Soweit der Brief des Vorstandes der BO Teterow.

Viele solcher Briefe und Meinungsäußerungen haben mich erreicht.

Der Landesvorstand ist sich einig:

Wir schlagen euch vor, den Beschluss von Göhren-Lebbin zur Frage des Irak-Krieges heute und hier aufzuheben. Wir haben Verantwortung für unser Land übernommen. Heben wir diesen Beschluss auf, bedeutet dies jedoch nicht, dass wir auch nur eine Minute in unserem Kampf gegen Krieg, für den Frieden nachlassen. Wir tun weiter alles gegen den Krieg im Irak.

Wir müssen aber genauso für die Beendigung der offenbar in Vergessenheit geratenen Kriege kämpfen.

Noch **nie** waren so viele deutsche Soldaten im Ausland stationiert, wie unter einer rot-grünen Bundesregierung. Deutschland **darf** nicht mehr zu den Weltmeistern im Waffenexport gehören. Wir müssen deutlich machen, dass wir **nicht** - wie Herr Verteidigungsminister Struck - meinen, dass unsere Sicherheit künftig auch am Hindukusch zu verteidigen ist.

Wir müssen das überall, wo es uns möglich ist, deutlich machen:

Auf den Straßen und Plätzen unseres Landes, in den Gemeindevertretungen und Kreistagen, im Landtag und auf der Regierungsbank!

Wir sagen:

Krieg gehört nicht in die Politik, er ist ihr Versagen! Im Irak und überall auf der Welt!

Was brauchen Menschen für ein selbstbestimmtes Leben?

Anrede,

die Programmkonferenz am 24. Februar in Berlin war der Auftakt der Debatte für das neue Parteiprogramm. Innerhalb und außerhalb der PDS. Die Probleme, die uns dabei bewegen, sind die Probleme der Menschen. Schon 1997 schrieb Lothar Bisky im Kommentar zur Programmatik der PDS: „Manche Aussagen des 93er Programms sind bewusst als Kompromiss formuliert, manche Probleme ausgelassen worden; zu anderen Fragen konnte damals nur festgehalten werden, dass wir auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen waren. Kompromisse in der Partei sind gelegentlich nötig. Sich auf ihnen auszuruhen, kann die künftige Entwicklung behindern.“

Dass wir nach der Wahlniederlage keine Zeit mehr zum Ausruhen haben, das war klar. Also haben Landtagsfraktionsvorsitzende und Landesvorsitzende, Minister und Senatoren der PDS gemeinsam mit Gabi Zimmer Ende Januar auf ihrer Klausur in Elgersburg erklärt:

„Wir stehen hinter diesem Programmentwurf.

Wir wollen auf Grundlage dieses Entwurfs die Programmdebatte konzentriert und konstruktiv führen. Alles andere ist kontraproduktiv.“

Bei einer Diskussionsrunde zum Programm in Schwerin stellte jemand die Frage nach dem Ziel der Debatte:

Brauchen wir die Programmdebatte, um die Mitgliedschaft zu stabilisieren oder **brauchen** wir die Debatte um offensiv nach außen wirken zu können?

Ich sage:

Na klar brauchen wir die Debatte, um uns zu mobilisieren. Um dann in der Öffentlichkeit für unsere Angebote zu werben! Der Programmentwurf stellt die Frage: Was brauchen Menschen für ein selbstbestimmtes Leben?

Eine Antwort darauf gibt es schon.

Heißt es nicht sinngemäß bei einem Klassiker: Erst muss der Mensch arbeiten, sich kleiden, essen, wohnen können, bevor er Politik, Religion etc. betreiben kann?

Ausführlicher heißt es im Entwurf dazu:

Die Menschen brauchen Schutz vor Gewalt, sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser, sie brauchen Arbeit und Erwerb, sie brauchen Bildung und Kultur, soziale Sicherheit und Gesundheit. Stellt mir jemand die Frage, was demokratischer Sozialismus ist, dann sage ich, das Ringen um das Erreichen dieser Ziele, das ist für mich demokratischer Sozialismus. Denn Freiheit, Gleichheit, Solidarität, der Erhalt von Natur und Frieden sind das Wertesystem, für das wir streiten. Das Wertesystem, von dem die heutige Welt meilenweit entfernt ist.

Mit der Programmdebatte müssen wir deutlicher klar machen:

1. Die PDS ist und bleibt eine Partei, die den Kampf um Frieden in den Mittelpunkt stellt.

Friedenspartei zu sein heißt aber, mehr als gegen den Krieg zu sein. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erziehung zu Frieden und Toleranz viel mehr zum Anliegen der ganzen Gesellschaft wird. Dazu gehört auch: Gewaltfreiheit nach außen kann nicht erreicht werden, wenn es keine Gewaltfreiheit nach innen gibt. Wir müssen klar machen, dass die Forderung nach Abrüstung, die Forderung nach Konversion auch deren Finanzierung einschließt. Und wir müssen unsere Ideen einer friedensorientierten Außenpolitik für uns selbst weiterentwickeln und kommunizierbar machen.

2. Die PDS ist und bleibt eine Partei, die den Kampf um soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Nach der Kanzlerverkündung zum radikalen sozialen Abbau ist diese Anforderung an unsere Politik dringender notwendig denn je! Soziale Sicherheit umfasst das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, sozial gleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu präventiver, heilender und nachsorgender medizinischer Betreuung, auf bezahlbares Wohnen.

Die in Schwerin gestartete Kampagne der PDS „Unterm Strich - nur Solidarität rechnet sich“ ist unsere Antwort auf Vorschläge, die versuchen den Leuten einzureden, dass weiterer Leistungsabbau die Probleme löst.

3. Die PDS ist und bleibt eine Partei, für die die Interessen des Ostens besondere Schwerpunkte sind.

In der „Elgersburger Erklärung“ haben wir festgestellt:

„Ob bei den Arbeitslosenzahlen, ob beim Durchschnittsverdienst, ob bei den Lehrstellen, ob bei der Zahl von Firmensitzen oder der Insolvenzen, überall gibt es eine Differenz zuungunsten des Ostens, und sie wird größer.“ Dass, was Regierung und Opposition von CDU und FDP im Berliner Reichstag anbieten, taugt nicht, um diese Probleme zu lösen. Wir brauchen eine Politik, die den Osten in die Lage versetzt, seine Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Wir brauchen regionalisierte Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung. Wir brauchen steuerfinanzierte, öffentliche Beschäftigung. Wir brauchen konzentrierte Investitions- und Standortoffensiven. Mit der Programmdebatte müssen wir den Leuten aber auch sagen, welche Positionen wir in der Frage der Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft, und der Gesellschaft einnehmen. Klar und deutlich, kurz und knapp. Ohne Schnörkel. In einer Sprache, die die Leute auch verstehen.

Ökologischer Wandel ist in unserer Zeit in Produktions- und Lebensweisen **zwingend** erforderlich. Existenzsichernde und ökologisch verantwortbare Erwerbsarbeit ist **Grundelement** einer gerechten Gesellschaft. Der freie und sozial gleiche Zugang zu Bildung, Kultur und Information ist für uns **elementare Voraussetzung**, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu

können. Alternative Wirtschaftspolitik, Regulationspotenzen des Marktes, beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung des Mittelstandes, risikoarme Entwicklungen in der Technologiepolitik, Entbürokratisierung, Abkehr von der Wegwerfgesellschaft. All das sind Stichworte, die es in der Programmdebatte **zu behandeln, zu beantworten** gilt.

Anrede,

Ernst Bloch beschrieb das Prinzip Hoffnung einmal mit den Fragen „Wer sind wir? Wo kommen wir her? Wohin gehen wir? Was erwarten wir? Was erwartet uns?“.

Beantworten wir für uns in der Programmdebatte diese Fragen!

Nehmen wir sie als Leitfaden. Dann besteht für die PDS nicht nur Hoffnung, sondern Zukunft. Lassen wir uns dabei auch von Immanuel Kant leiten, der uns bei der Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“ zuruft: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Haben wir also Mut.

Mut zur offenen und ehrlichen Debatte. Nehmen wir den Programmentwurf umfassend auseinander. Setzen wir ihn aber wieder so rechtzeitig zusammen, dass wir im Oktober in Chemnitz ein modernes Programm verabschieden können. Wir sind dabei gut beraten, wenn wir etwas weniger mit den Flügeln schlagen.

Wir dürfen uns nicht selbst blockieren. Selbstblockade führt zur Selbstisolation. So werden wir unsere Krise nicht meistern!

Programmdebatte und Alltagserfahrungen bündeln

Anrede,

Für uns wird es in der Programmdebatte auch wichtig sein, unsere Alltagserfahrungen, die wir seit 1998 gesammelt haben, mit einzubringen. Die Alltagserfahrungen, die Alltagsprobleme sind auch nach der Kanzlerdämmerung vom letzten Freitag nicht geringer geworden.

Im Gegenteil.

Deutlich geworden ist: eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und eine Regierungserklärung noch lange keine Reform. Wenn der verdi-Vorsitzende Bsirske am letzten Freitag auf der Landesbezirkskonferenz in Lübeck harten Widerstand gegen Schröders Reformpläne ankündigt, kann ich dem nur zustimmen. Denn, so Bsirske, das, was an Umverteilung in 16 Jahren Kohl und 4 Jahren Schröder nicht funktioniert hat, soll nun noch schneller und noch härter umgesetzt werden. Widerstand ist angesagt. Darüber werden wir Anfang April mit den Gewerkschaftsvertretern reden.

Und da wir gerade bei Widerstand sind. Deutlichen Widerstand im Bundestag leisteten allein Petra Pau und Gesine Löttsch. Ihnen gilt unsere Solidarität. Und wenn sogar der letzte DDR-Bürgerrechtler in den Farben von Bündnisgrün, Werner Schulz, meint, dass die PDS im Bundestag fehlt, gilt für uns nur eins: Wir kommen da wieder rein.

Zu unseren grundsätzlichen Problemen gehört, dass wir über 200.000 Arbeitslose in unserem Land haben. Sie erwarten und verdienen zu Recht unsere Solidarität und Unterstützung. Dabei erwarte ich selbstverständlich, dass der Arbeits- und Bauminister unseres Landes, Helmut Holter, auch das Mittel der Demonstration nutzt und in Richtung Berlin deutlich macht: Die Landesregierung hat nur geringe Chancen zum Gegensteuern, wenn der Kurs der Bundesregierung falsch ist. Die über 200.000 Arbeitslosen erwarten aber auch, dass wir nicht nur Solidarität mit ihnen üben, sondern, ernsthaft an der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung arbeiten. Und wenn dort steht, dass die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze die wichtigste Aufgabe der Landesregierung ist und bleibt,

erwarten sie **konkrete** Anstrengungen der **gesamten** Landesregierung.

Und wenn in der Koalitionsvereinbarung steht, dass die Landesregierung eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und zu Lasten der Kommunen ablehnt - dies auf Initiative der PDS - erwarten die Betroffenen zu Recht, dass die **gesamte** Regierung hier aktiv wird. Als Koalitionspartner stehen auch wir in der Verantwortung. Eine Flucht vor dieser Verantwortung, ein Raus aus der Koalition ist der falsche Weg. Er ändert nichts an der Situation der über 200.000 Arbeitslosen. Ich wiederhole: Wir brauchen regionalisierte Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung. Wir brauchen steuerfinanzierte, öffentliche Beschäftigung. Wir brauchen konzentrierte Investitions- und Standortoffensiven.

Anrede,

Zu unseren Problemen gehört auch die angespannte Finanzsituation der Kreise und Kommunen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Dazu gehört auch der Millionen-Schuldenberg der CDU-geführten Vorgängerregierungen in unserem Land.

Dazu gehört aber auch folgendes:

Ein renommiertes Unternehmen in meiner Heimatstadt meldet seinen Firmensitz in einem Dorf an der Nordseeküste außerhalb der Sieben-Meilen-Zone an. Dieser Gemeinde ist es rechtlich erlaubt, keine Gewerbesteuern zu kassieren. Der Rückzug dieser Firmenanmeldung bringt der Stadt auf einen Schlag 1,7 Mio Euro weniger Steuereinnahmen. Im Übrigen ist das alles ganz legal. Aber das ist doch irre! Große Vermögen ziehen sich einerseits aus der Finanzierung öffentlicher Ausgaben zurück. Andererseits wird die rigide Sparpolitik der Bundesregierung zu Lasten der Sozialausgaben und sozial Schwächeren als Lösung aller Probleme angesehen. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Besteuerung von Devisentransaktionen oder die Erhöhung der Massenkaukraft durch Lohnerhöhungen, vor allem bei **unteren** und **mittleren** Einkommen, sind einige unsere Antworten – so ein Vorschlag im jetzt zu diskutierenden Parteiprogramm.

Jedoch:

Jede Initiative, die wir in dieser Hinsicht im Bundesrat ergreifen würden, hätte keine Chance. Sie würde an der Mehrheit der CDU-regierten Länder scheitern. Sie würden genauso scheitern wie unser erneuter Vorstoß im Bundesrat in der letzten Woche zur endgültigen Überwindung der Ungerechtigkeiten im Rentenüberleitungsrecht. Die CDU ist zwar laut und populistisch. Kohls blühende Landschaften lassen grüßen! Doch praktikable Lösungen für die dramatische Arbeitsmarktsituation hat sie nicht.

Eine handlungsfähige PDS ist **dringender** notwendig denn je. Die aktuellen Entwicklungen in unserem Land, die Entwicklungen in der Bundesrepublik, die Anforderungen, die im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union auf uns zu kommen, machen deutlich, dass Alternativen gebraucht werden.

Sie zeigen, dass die PDS gebraucht wird. Wir müssen davon allerdings zuallererst **selbst** überzeugt sein. Wir wollen für Wählerinnen und Wähler wieder interessanter werden. Vor Ort erlebbar und glaubwürdig bleiben. Wir wollen bundesweit wieder wirksam und wahrnehmbarer werden. Wir brauchen dazu stärkere Impulse und Koordinierung aus dem Parteivorstand. Wir brauchen Unterstützung. Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir für unsere Ideen gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Deshalb ist wichtig, dass wir Politik nicht nur für, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gestalten.

Wir müssen eigenständig Politik machen.

Denn: Wir sind nicht zuerst Koalitionspartner von irgend jemand. Wir sind zuerst eine eigenständige Partei. Wir müssen unseren eigenen Gebrauchswert definieren. Wir brauchen programmatische und strategische Klarheit. Wir haben es selbst in der Hand!

Auf dem Weg ins Wahljahr 2004

Anrede,

Der Weg ins Wahljahr 2004 hat längst begonnen. Auf diesem Weg liegt auch unser 8. Landesparteitag im Juni. Ihr werdet Euch erinnern, dass achte Parteitage in der Geschichte unserer Partei immer von gewisser Bedeutung waren. Auch der 8. Landesparteitag im Juni wird eine besondere Aufgabe haben. Er wählt den Landesvorstand, der unseren Landesverband in die Europa- und Kommunalwahlen zu führen hat. Um es ohne Umschweife zu sagen: Ich will Landesvorsitzender bleiben. Ich werde wieder für dieses Amt kandidieren. Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen. Lasst uns gemeinsam weiter arbeiten. Machen wir dabei immer wieder klar: Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts!